

Warum unser gemeinsamer Kampf gegen die nationalistischen Jubelfeiern des deutschen Imperialismus am 3. Oktober die Kritik an dem Aufruf des Antifa AK Köln, der autonomen antifa [f] und anderer erfordert

Solidarität und Kritik!

Es ist uns wichtig, als erstes festzuhalten: Angesichts der desolaten Lage der revolutionären Kräfte in Deutschland begrüßen wir es ausdrücklich, dass sowohl Gruppen aus dem Spektrum von „Ums ganze“ als auch die Kräfte um „Imagine there’s no Deutschland“ **den Kampf gegen den deutschen Nationalismus, den Kampf gegen den deutschen Imperialismus auf die Straße tragen.**

Wir begrüßen auch **Ansätze für Kritik** – so etwa die indirekte Kritik von „Imagine there’s no Deutschland“, die wir im Großen und Ganzen trotz einiger Einwände für richtig halten, insbesondere den Kernpunkt der Kritik, dass Kontinuitäten und Besonderheiten der deutschen Geschichte nicht wegoperiert werden dürfen.

Wir selbst haben auch schon des Öfteren versucht, Diskussionen anzuregen, Kritiken am „Ums Ganze“-Bündnis und ihrer Parole „Staat.Nation.Kapital. Scheiße!“ formuliert. Wir warten auf Antwort und sind gerne zur Diskussion bereit. (Siehe Flugblatt von Gegen die Strömung 9/2010, „Überlegungen zur Losung: ‚Staat, Nation, Kapital: Scheiße‘“.)

Doch bei der uns heute notwendig erscheinenden Kritik an dem Aufruf „Organisiert den Vaterlandsverrat!“ geht es nicht um sicherlich wichtige, aber doch eher theoretische Fragen, sondern um zentrale Fragen der internationalen Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland, Spanien und England.

In dem auf der Rückseite vollständig abgedruckten Aufruf mag es zunächst so scheinen, als ob die Massenbewegungen in Spanien und Griechenland sozusagen „von links“ als reformistisch und nicht revolutionär genug kritisiert werden. Doch der Schein trügt.

1. Kritik: Griechenland – Der faule Versuch, den Kampf in Griechenland, der sich auch gegen den deutschen Imperialismus richtet, als Übernahme der „Perspektive des griechischen Staates“ zu diffamieren: „nicht selten erscheint die Dominante Europas, die BRD, als Ausgemach des Bösen“.

In der Haltung zu den Kämpfen in Griechenland heißt es:

„In Griechenland spitzen sich die sozialen Konflikte seit längerem zu, sozialer Frieden ist für den Moment vergessen. Bereits seit der Dezember-Revolution 2008 stellen größere, radikale Zusammenhänge den griechischen Staat des Kapitals in Frage. Zugleich ist neben den routinierten Generalstreiks der Gewerkschaften anlässlich der EU-Spardiktate im Sommer 2011 eine bürgerliche ‚Empörten-Bewegung‘ entstanden. Innerhalb dieser verschiedenen Bewegungen wird die soziale Krise als von ‚Außen‘ aufgedrückt verstanden; nicht selten erscheint die Dominante Europas, die BRD, als Ausgemach des Bösen. Hierdurch übernehmen die Protestierenden die Perspektive des griechischen Staates in seiner problematischen Abhängigkeit vom Diktat der Troika als ihre zentrale Angelegenheit. In solchen Vorstellungswelten erscheint Griechenland als eine ‚unterdrückte Nation‘, und nicht als der bürgerliche Staat in seiner Funktion des Standortmanagers für das heimische wie internationale Kapital. Staats-Imperative, wie z. B. Wachstum und Konjunktur, werden von der Protestwelle übernommen, statt deren herrschaftlichen Charakter der Kritik zu unterziehen. Eine kommunistische Agitation klagt dagegen den Irrsinn des großen Ganzen an und verlangt dessen Niedergang.“

Hier zeigen sich zwei Probleme:

Erstens: Zunächst geht es um eine unfassbare Arroganz und Großmäuligkeit. Es ist sicherlich wahr

und unbestreitbar, wie auch von den griechischen Genossinnen und Genossen zu erfahren ist, dass in großen Massenbewegungen auch noch große Illusionen eine mächtige Rolle spielen und üble reaktionäre und reformistische Kräfte noch kräftig mitmischen und in vielerlei Hinsicht sogar noch dominierend sein können. Auf diese Ambivalenz hinzuweisen ist aber allemal **kein Grund, für eine derartige Diffamierung einer im Kern berechtigten Massenbewegung gegen Verelendung, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung.**

Zweitens: In ihrer Haltung zu den Kämpfen in Griechenland wird zugleich in einer Art und Weise **der deutsche Imperialismus in Schutz genommen**, die für revolutionäre Kräfte in Deutschland, die für sich in Anspruch nehmen, für den Kommunismus zu kämpfen, völlig undialektisch, kein bisschen materialistisch und im Grunde deutsch-nationalistisch ist. Die Position ist nicht dialektisch, weil sie nicht die Wechselwirkung und den inneren Zusammenhang erfasst zwischen der **Notwendigkeit, sowohl einen Kampf gegen die herrschende Klasse in Griechenland zu führen als auch den Kampf gegen die mächtige Expansion des deutschen Imperialismus** (und anderer imperialistischen Mächte) in Griechenland zu führen. Für alle revolutionären Kräfte, die sich jemals mit der Geschichte der Klassenkämpfe in den letzten mehr als 100 Jahren beschäftigt haben, könnte doch eigentlich klar sein, dass sich der Kampf gegen diese beiden Fronten nicht ausschließt und das Gegeneinander-Auspielen zu den Sabotage-Manövern der herrschenden Klasse gehört. Und ist es denn so schwer zu verstehen, dass der **Schwerpunkt** der Entlarvung der Verbrechen in verschiedenen Ländern aus ganz handfesten materialistischen Gründen **unterschiedlich** sein muss? Wenn die griechischen Genossinnen und Genossen vorrangig gegen die herrschende Klasse in Griechenland und ihren Staat kämpfen, ohne dabei auf den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und andere imperialistische Mächte zu verzichten, ist das völlig berechtigt. Und wenn die Revolutionäre in Griechenland sich dagegen wehren, dass dort reformistische Kräfte so tun, als ob Ausbeutung und Unterdrückung ihre Ursachen „nur“ außerhalb Griechenlands haben, dann ist das ebenfalls völlig berechtigt. Absurd wäre es, wenn sie sich lediglich in die abstrakte Phrase verlieren würden, dass der deutsche Imperialismus und andere Imperialisten keine Rolle spielen und nicht bekämpft werden dürften.

Noch absurder aber ist es, wenn **eine Gruppe in Deutschland** ausdrücklich mit pseudo-marxistischen Allgemeinplätzen über ‚Kapitalismus‘, ‚System‘, den ‚Einzelnen und das Eigentum‘ **den Kampf gegen den deutschen Imperialismus in Griechenland für falsch erklärt, ja sogar versucht lächerlich zu machen.** Zur Dialektik in dieser Frage gehört eben auch, dass internationalistisch denkende Revolutionäre in Deutschland den Schwerpunkt ihrer Entlarvung auf die Verbrechen des deutschen Imperialismus, in diesem Fall in Griechenland, legen und nicht dulden, dass die besonderen Verbrechen des deutschen Imperialismus vertuscht werden mit Phrasen über das System im allgemeinen.

Eine materialistische Herangehensweise an diese Frage erfordert übrigens eine möglichst exakte, wissenschaftliche, gut verständliche und überzeugende Darstellung, die wirklich von der Lage der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in Griechenland ausgeht, in welchem Umfang und wie Ausbeutung und Unterdrückung in Griechenland von der inneren Reaktion und insbesondere dem deutschen Imperialismus wirklich verschärft werden.

Dahinter steht als noch größere grundlegendere Frage: Nur Naivlinge können die Gefahr aus dem Auge verlieren, dass die Truppen des deutschen Imperialismus – in welcher Verschleierung auch immer – im Endeffekt auch dazu da sind, sogenannte Schulden ein-

zutreiben und „deutsches Eigentum“ in Griechenland zu sichern, wenn andere Mechanismen nicht mehr greifen und sich eine revolutionäre Massenbewegung in Griechenland in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln sollte.

2. Kritik: England – Statt wirkliche Solidarität werden die Kämpfe in England im Stil des üblen Hetz-Journals „junge Welt“ mit einer pauschalisierenden Sprache diffamiert, die zutiefst unsolidarisch ist: bürgerliche Phrasen über „Raub“, „Banden“ und „blinde Zerstörungswut“.

Zu den Kämpfen in England heißt es:

„Die Riots der Vororte in England verkörpern eine andere Form von Krisenverarbeitung. Anstatt einer Verherrlichung der Ideale der bürgerlichen Ordnung vollzog sich eine Organisierung der Überflüssig-Gemachten als Bande im Aufstand. Die Reproduktionskrise der in die Elendsquartiere Verbannten fand seine absehbare Antwort im Raub und der Plünderung, im Angriff auf die Institutionen des Rassismus und Sozialchauvinismus sowie in blinder Zerstörungswut. Der britische Staat reagierte mit dem juristischen Ausnahmezustand, der unter dem Stichwort ‚Law and Order‘ nur noch die Frage der Kapazitäten der Knäste kennt. Gegen die Option des Bandenraubs und der weiteren autoritären Formierung ist eine kommunistische Perspektive jenseits von Ausgrenzung und Integration zu formulieren.“

Nun. Bei allem Respekt vor gewiss bewundernswertem Einsatz im Kampf gegen die Nazis und vor den Bemühungen im Kampf gegen den deutschen Nationalismus, hier bleibt einem beim Lesen die Spucke weg. **Im Stil des üblen Hetz-Journals „junge Welt“ werden die Kämpfe in England diffamiert mit einer pauschalisierenden Sprache, die zutiefst unsolidarisch ist.** Statt Analyse – dumme Sprüche! Von einem revolutionären Standpunkt ist nichts mehr zu spüren, wenn pseudo-psychologisch eine „Zerstörungswut“ diagnostiziert wird und gar noch kriminaltechnisch von „Banden“ die Rede ist. Dahinter steht das völlige Unverständnis, dass in militanten und auch revolutionären Massenbewegungen nicht alles nach Schema F vonstatten gehen wird und gehen kann, und dass gerade große Teile der Massenbewegung in England mit der verfluchten Ideologie des friedlichen Weges um jeden Preis und „ja-keine-Scheiben-zerstören“ gebrochen haben.

Im Übrigen gilt: Mögliche berechtigte Kritik überlassen wir in erster Linie den Genossinnen und Genossen in England. **Für uns steht an erster Stelle: Solidarität!**

Wir können uns schwer vorstellen, dass die Aktivistinnen und Aktivisten von solchen Gruppen wie autonome antifa [f] sich diesen wirklich üblen Diffamierungen der militanten Massenbewegungen in England anschließen werden – für uns zeigt sich hier eher, dass sich der primitive Grundsatz der Gruppe „Gegenstandspunkt“, die nichts wirklich analysiert, sondern jeden außer sich selbst zum Idioten erklärt, durchsetzen könnte.

3. Kritik: Zur Sprache – Die pseudo-wissenschaftliche, im Kern gegen die Aufklärung gerichtete wabbelige Verschleierungssprache ist nichts als ein Zugeständnis an den vorherrschenden Antikommunismus!

Auch wenn es gegenüber diesen gravierenden Kritiken möglicherweise nebensächlich erscheint, müssen wir doch, da wir ja den ganzen Aufruf abdrucken, auch ein paar Worte über die Sprache dieses Aufrufes loswerden. Seit Marx in seinen zwei großen Schriften „Über die Heilige Familie“ und „Die deutsche Ideolo-

gie“ die Phrasen der deutschen und wahren Sozialisten sprachgewaltig aufs Korn nahm, entlarvte und widerlegte, sollte eigentlich klar sein, dass die Flucht in die Phrase, in die Niederungen der allgemeinphilosophischen Begriffe nichts, aber auch gar nichts zur Aufklärung beitragen kann. **Die pseudo-wissenschaftliche, im Kern gegen die Aufklärung gerichtete Verschleierungssprache ist nichts als ein Zugeständnis an den vorherrschenden Antikommunismus:** Statt von Arbeiterklasse ist von „Bienen“ oder

„Standortameisen“ die Rede. Statt von Imperialismus und Klassenkämpfen wird in sozialdemokratischer Verschleierungssprache von „Dominante Europas“ und „Kampf um ein besseres Leben“ geredet. Kurz: Es wird eine Sprache gewählt, die für die „gehobenen Kreise“ abstrakter Kritiker des Kapitalismus eben annehmbar ist, ohne Gefahr zu laufen, dass es eine Theorie ist, die, wenn sie die Massen ergreift, zur materiellen Gewalt gegen die herrschende Klasse werden

kann. Mit Marx hat diese Sprache jedenfalls nichts zu tun.

Mag sein, dass auch unsere Sprache in unseren Flugblättern in der Tradition der kommunistischen Bewegung diesem oder jenem zu antiquiert erscheint. Keine Frage, wir stellen uns der Kritik und werden sie beantworten ohne dem Antikommunismus Zugeständnisse zu machen. Wir jedenfalls suchen die Diskussion und werden auf eine Antwort wiederum antworten.

Gegen die Strömung
1. Oktober 2011

Der Aufruf zum 3. Oktober im Wortlaut: The only PIIG'S the System! Organisiert den Vaterlandsverrat!

Am 3. Oktober ist es wieder soweit. Während mittlerweile auch in Europa verschiedene Formen der sozialen Auseinandersetzungen als Antwort auf die kapitalistische Reorganisation stattfinden, zelebriert die BRD in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn die Feier der deutschen Nation. Unter dem Motto „Freiheit.Einheit. Freude – Bewegt mehr.“ feiert sich der stolze Krisengewinner und die „Vorzeignation“ Europas ein ganzes Wochenende auf sämtlichen Fest- und Paradeplätzen selbst. Ein idealer Anlass zur antinationalen Intervention: Denn was gibt es an einem 3. Oktober besseres zu tun, als die Deutschland-Party zu stören?

Die Einheitsfeier ändert zwar nichts an der alltäglichen Ohnmacht in den Mühlen von Staat und Kapital, jedoch ist die Identifikation mit dem nationalen „Wir“ ein ideologischer Fluchtreflex vor dem Druck kapitalistischer Konkurrenz und Vereinzelung – zugleich aber ihr bestes Schmiermittel. Die umjubelte „Freiheit“ ist nichts anderes als ein gesellschaftliches Zwangsverhältnis, das die Menschen als Privateigentümer in permanente gesellschaftliche Konkurrenz zueinander versetzt. Gerade vor dem Hintergrund aktueller Krisen geht die Allgegenwärtigkeit der ökonomischen Bedrohungslage des Einzelnen mit der Erfahrung einher, dass die jeweiligen Verwertungschancen von den nationalen Reichtumsproduktionen abhängig sind. Im Moment der Krise rücken Bevölkerung und Staat zur realen national-ökonomischen Gemeinschaft in der Weltmarkt Konkurrenz zusammen. Der stinknormale Nullachtfünfzehn-Nationalismus, die Gewissheit und das Gefühl einer nationalen Zusammengehörigkeit, erlebt in den Erfahrungen der wiederkehrenden Krisentendenzen neue Bedeutung. Sie sind Ausdruck der realen Abhängigkeit des Individuums vom ökonomischen Schicksal „seines“ Staates.

Den deutschen Bienen scheint es aufgrund der ökonomischen Stellung ihres Standortes logisch, dass Aufstand oder Empörung über die miesen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Situation „unangemessen“ ist. Zum Wohle des Standorts lautet das ideologische Motto: Floriert erst das nationale Kapital, geht es uns nicht schlecht oder zumindest immer noch besser als den Anderen. Die sozialen Revolten in Europa dienen den deutschen Standortameisen nicht als Beleg für die Schadhaftigkeit der herrschenden Wirtschaftsordnung. Stattdessen erscheinen Aufstände im Umkehrschluss als Beweis für die Stimmigkeit der eigenen Nationalreligion, bestehend aus Leistung und stoischem Verzicht. Diese Askese für den Standort wird in Krisenzeiten sodann gleich zum Exportschlager und zum ethischen Leitbild für Europa.

Sirtaki und der große Krisenschlager

Die Staatspleiten der sogenannten „Schweineländer“ der europäischen Peripherie (PIIGS-Staates) verschaffen den Deutschen zudem einen zusätzlichen ideellen Krisengewinn. Sie scheinen zu belegen, dass die Verzichtspraxis der letzten Jahrzehnte sich bewährt und auszahlt. Die eigene Opferbereitschaft für den Standort schlägt gegenüber den PIIGS in Bestrafungsphantasien um. Sozialchauvinistische Hetze steht auf der Tagesordnung: den „Pleitengriechen“ und „faulen Südländern“ werden soziale Einschnitte an den Hals gewünscht. Die Nicht-Leistung der Überflüssig-Gemachten erscheint als „Faulheit“ und damit als Erpressung an der europäischen Gemeinschaft. Wer sich nicht in die Leistungsmaschinerie einfügt, gilt als „dekadent“. Im medialen Diskurs wird die Europäische Union als eine schicksalhaft zusammengeschweißte Gemeinschaft verklärt; dies geschieht vor dem Hintergrund einer ökonomischen und politischen Abhängigkeit der einzelnen Nationalstaaten untereinander. Zum Zwecke der Geldvermehrung tendiert die öffentliche Krisenendebatte zum vollendeten Opportunismus der herrschenden Verhältnisse, zum Sozialchauvinismus erster Güte. An diese Form der ideologischen Krisenverarbeitung setzt der Rassismus á la „Pleitengriechen“ und „faule Südländer“ problemlos an. Die Finanzierungsschwierigkeit der Staatsgewalten in Europa gilt als Beweis für die nationalen Charakterzüge einer Dekadenz und Arbeitsunwilligkeit. Die „Freude“ über die elendigen Verhältnisse in der BRD geht einher mit der rassistischen Forderung, dass den „südlichen Völkern“ die Verhältnisse verpasst werden, die zu ihren defizitär ausgemachten Charakterzügen passt.

Durch die Entfaltung der Staatsschuldenkrise in Europa treten die ökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum in den Vordergrund. Das Projekt EU war stets mit dem Anspruch verbunden, der „dynamischste Wettbewerbsraum“ der Welt zu werden. In der Krise steht die Währungs- und Wettbewerbsunion scheinbar vor ihrem Scheitern. Die innereuropäische Konkurrenz um Wachstumsanteile funktionierte für die Exportökonomie der BRD so gut, dass die europäischen Peripheriestaaten in den Bankrott getrieben wurden.

Als größte Wirtschaft Europas und „Exportweltmeister der Herzen“ hat der deutsche Staat ein besonderes Interesse an der ökonomischen Integration der EU. Seine hervorgehobene Stellung im politischen Geschäft Europas verdankt er sich insbesondere seinem ökonomischen Gewicht. Zugleich galt für die „Führungsmächte“ in Europa (Deutschland, Frankreich) die europäische Integration gerade nur unter dem Vorbehalt der

Sicherung und Ausweitung ihrer eigenen ökonomischen Vormachtstellung. Dieser Hackordnung unterwarfen sich die anderen EU-Länder jedoch gerne: durch Marktöffnung und die Nutzung des Gemeinschaftsgeldes Euro, womit sie für niedrige Zinsen Schulden aufnehmen konnten, wollten sie ihren eigenen Standort fürs Weltmarktgeschäft tauglich machen.

Die europäische Union als transnationaler Standort setzte auf die Forcierung der innereuropäischen Konkurrenz, so dass die jeweiligen Staaten die Förderung ihrer Wettbewerbsfähigkeit als selbstständiges Anliegen ihrer Politik entwickelten. Rhetorisch fand diese Übereinkunft aller EU-Staaten lange vor den Schmähungen der „Pleitengriechen“ seinen Niederschlag in der jährlichen Vergabe von Titeln wie „Wachstums-Lokomotive“ oder „Europas rote Laterne“. Jeder Aufbau einer Nation als Standort bedeutet Konkurrenz. In dieser Konkurrenz versucht jede Nation vom Wachstum der anderen Nationen zu profitieren, jedoch geht ihr Profit ebenfalls auf Kosten der anderen Nationen. Im nationalen Verzicht auf eine eigene Währung bestand zudem die Möglichkeit, das Gemeinschaftsgeld für seinen nationalen Wachstumserfolg in Anspruch zu nehmen. Doch durch die Freiheit der Haushalte konnte sich jeder Staat in einem gemeinsamen Geld verschulden und damit den anderen Euro-Staaten die Freiheit ihrer Verschuldung begrenzen. Dieser Widerspruch tritt als Staatsschuldenkrise in Erscheinung. Kern dieses Widerspruchs bleibt Europa als Wettbewerbsgemeinschaft und das zu ihr gehörige Projekt des Euros. In der Krise bewegt sich die innere Einheit Europas stets in den scheinbar äußeren Gegensätzen von nationaler Vorteilsuche der jeweiligen Staaten und dem Gemeinschaftsprojekt aller EU-Staaten, „Europa“ als Weltmacht auf die Bühne der Geschichte zu heben und den Euro, als wirkendes und geltendes globales Geschäftsmittel (Weltgeld) neben den Dollar zu installieren.

Kommunismus statt EU!

Die in der Staatsschuldenkrise gespannten „Milliardenschirme“ werden als selbstlose Rettungsaktion verkauft. Jedoch basieren die ergriffenen Maßnahmen keineswegs auf etwas wie einer Solidargemeinschaft. Durch die staatliche Neujustierung sollen die europäischen Weltmachtambitionen verteidigt werden.

Die „Rettungspakte“ werden daher auch nur im Tausch gegen die finanzpolitische Souveränität über die Haushalte einzelnen Staaten gewährt. Mit der Begründung, es gelte verantwortungslose „Schuldenmacherei“ zu unterbinden, wird den zahlungsunfähigen Ländern von der Europäischen Zentralbank (EZB) in Kooperation mit der Brüsseler Kommission und dem Internationalen Währungsfond (IWF) – zusammen „Troika“ genannt – der Haushalt geführt. Jedes in finanzielle Nöte geratene Land hat von diesem Maßstab aus neuerdings kein unmittelbares Anrecht mehr auf die Nutzung des Geldes als Kreditmittel zur Wirtschaftsförderung. Die von der „Troika“ verordneten „Austeritäts-Programme“ dienen offiziell dem Ziel, den strauchelnden Ländern „Anpassungen“ zur Wiederherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit abzuverlangen. Tatsächlich aber verordnet die europäische Haushalts-Aufsicht ein nationales Schrumpfen, das der Entwertung des gesamten Inventars dieser Nationen so nahe kommt, wie sie ein offizieller Staatsbankrott erzwingen hätte. Der Charakter dieser Krisenlösung ist die politische Festschreibung der ökonomischen Hierarchie innerhalb der Währungsunion. Die „Rettung des Euros“ buchstabiert sich als europäische Pflicht – als Gemeinschaftsprojekt, dass die Lohnabhängigen durch die Entwertung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse zu leisten haben.

Das absehbare Ergebnis der Neuordnung des europäischen Herrschaftsregimentes ist die politisch kalkulierte Verelendung breiter Teile der Bevölkerung und die Festschreibung der Vormachtstellung der BRD in „Deutsch-Europa“. Dass bei diesem Programm die ideelle Feindschaft zwischen den Sieger- und Verlierernationen dieser Ordnung gehegt und gepflegt wird, versteht sich von selbst.

Antinationalismus muss praktisch werden!

Dieser radikalen Reorganisation der kapitalistischen Verwertung in den europäischen Ländern begegnen diverse soziale Kämpfe, die sich der neuen europäischen Rechnungsweise nicht unterwerfen wollen. Der Kampf gegen die Entwertung der Lebensordnungen gerät in Widerspruch zum herrschenden Zwang der politisch verordneten „Schuldenbremse“.

In Griechenland spitzen sich die sozialen Konflikte seit längerem zu, sozialer Frieden ist für den Moment vergessen. Bereits seit der Dezember-Revolution 2008 stellen größere, radikale Zusammenhänge den griechischen Staat des Kapitals in Frage. Zugleich ist neben den routinisierten Generalstreiks der Gewerkschaften anlässlich der EU-Spardiktate im Sommer 2011

eine bürgerliche „Empörten-Bewegung“ entstanden. Innerhalb dieser verschiedenen Bewegungen wird die soziale Krise als von „Außen“ aufgedrückt verstanden; nicht selten erscheint die Dominante Europas, die BRD, als Ausgemach des Bösen. Hierdurch übernehmen die Protestierenden die Perspektive des griechischen Staates in seiner problematischen Abhängigkeit vom Diktat der Troika als ihre zentrale Angelegenheit. In solchen Vorstel-

lungswelten erscheint Griechenland als eine „unterdrückte Nation“, und nicht als der bürgerliche Staat in seiner Funktion des Standortmanagers für das heimische wie internationale Kapital. Staats-Imperative, wie z. B. Wachstum und Konjunktur, werden von der Protestwelle übernommen, statt deren herrschaftlichen Charakter der Kritik zu unterziehen. Eine kommunistische Agitation klagt dagegen den Irrsinn des großen Ganzen an und verlangt dessen Niedergang.

Auf den Protestcamps in Spanien spukt ein ähnlicher „Empörungs“-Geist wie in Athen. Die Klage über eine „undemokratische“ Politik nimmt die angeblich alternativlose Durchsetzung europäischer Krisenpolitik ins Visier, der mit der Forderung nach „echter Demokratie“ und „Freiheit“ begegnet wird. Doch die Hochhaltung dieser Ideale vermag keine passende Antwort auf die europaweiten, sozialen Einschnitte zu geben. Schließlich sind es diese Ideale der bürgerlichen Ordnung selbst, die in der Krise zum Vorschein kommen. Die utopische Sehnsucht, die bürgerlichen Ideale aufzufrischen und die Nation zum Besseren zu ändern, verbleibt nur in Perspektivlosigkeit und Entmachtung. Stattdessen setzt ein antinationaler Ansatz auf die Negation bürgerlich-kapitalistischer Ordnung.

Die Riots der Vororte in England verkörpern eine andere Form von Krisenverarbeitung. Anstatt einer Verherrlichung der Ideale der bürgerlichen Ordnung vollzog sich eine Organisation der Überflüssig-Gemachten als Bande im Aufstand. Die Reproduktionskrise der in die Elendsquartiere Verbannten fand seine absehbare Antwort im Raub und der Plünderung, im Angriff auf die Institutionen des Rassismus und Sozialchauvinismus sowie in blinder Zerstörungswut. Der britische Staat reagierte mit dem juristischen Ausnahmezustand, der unter dem Stichwort „Law and Order“ nur noch die Frage der Kapazitäten der Knäste kennt. Gegen die Option des Bandenraubs und der weiteren autoritären Formierung ist eine kommunistische Perspektive jenseits von Ausgrenzung und Integration zu formulieren.

Jenseits von „Empörung“ und Riots steht die BRD bisher als Krisengewinner dar. Die Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften zum „Gürtel enger schnallen“ geht einher mit der sozialchauvinistischen und rassistischen Hetze in der demokratischen Meinungsbildung. Die Verwertbarkeit des Kapitals wird als Verteidigung der eigenen nationalen Machtmittel gedacht, denn die „faulen Südländer“ machen „unseren Euro“ kaputt. Aus ihrem ideellen Anspruch auf den Euro als Mittel zur weiteren Vermehrung des nationalen Eigentums entspringt der Chauvinismus, wenn nötig den „Südländern“ mittels Zwang zum Glück europäischer Wettbewerbsfähigkeit zu verhelfen. Eine antinationale und kommunistische Intervention richtet sich gegen die sozialchauvinistische Stimmungsmache nach „innen“ wie nach „außen“ und hält die Flamme grenzüberschreitender Solidarität gegen den Irrsinn vom einem immer schnelleren „Rennen, Rackern und Rasen“ im Hamsterrad der kapitalistischen Konkurrenz hoch.

Gegen die weitere Durchsetzung von Krisennationalismus, Leistungs- und Standortpolitik gilt es den revolutionären Defätismus – die Einsicht, dass ein gutes Leben nur in der Niederlage der eignen Nation zu finden ist – zu stärken. Weder die reformistischen Anbiederung an den Zwangszusammenhang aus Staat und Nation, Kapital und Lohnarbeit, noch der selbstzufriedene Rückzug auf die Position der kritischen Kritiker*innen vermag die notwendigen Schritte zur Assoziation freier Individuen zu beschreiten. Erst wenn sich den Standortpolitiken kollektive Verweigerung und gemeinsame Kämpfe für die eigenen, radikalen Bedürfnisse entgegenstellen, dann steht die Krise als eine des Kapitalismus, und nicht – wie bisher – seines „unflexiblen Humankapitals“ überhaupt erst auf der Tagesordnung.

Egal ob in Athen, Madrid oder London: antinationale Kritik fokussiert immer die Mühen ideologischer Widerspruchsberichtigung sowohl in der kapitalistischen Normalität als auch in dessen Krisenverwaltung. Ohne in naiven Bewegungsoptimismus zu verfallen, ergeben sich in den Kämpfen immer wieder Ansatzpunkte theoretischer und politischer Radikalisierung. Der Kampf um ein besseres Leben gelingt eben nur als soziale Revolution. Bis dahin greifen wir den ideellen Rückhalt für Staat und Kapital an und organisieren den Vaterlandsverrat. Die Einheitsfeierlichkeiten in der alten Bundeshauptstadt sind der ideale Anlass, um der Freude und Sorge um Deutschland mit der Idee des Kommunismus zu begegnen.

Für einen internationalen Antinationalismus!

02. und 03. Oktober: Heraus auf sämtliche Partymeilen von „schwarz-rot-geil“!

Auf nach Bonn!

Der Aufruf des Antifa AK Köln wird unterstützt von: autonome antifa [f] (FF/M), Basisgruppe Antifaschismus (Bremen), Redical [M] (Göttingen), Fast Forward Hannover, Gruppe Kritik & Intervention (Bielefeld), TOP B3rlin & Anarchistische Gruppe Freiburg

Politische Stellungnahmen von Gegen die Strömung:

Überlegungen zur Losung:

„Staat, Nation, Kapital: Scheiße“

Flugblatt vom September 2010

Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen in Griechenland

Der deutsche Imperialismus wagt sich weiter vor: Deutscher Herrenmenschenjargon in Griechenland!

Flugblatt vom Juni 2010

Die Imperialisten haben nicht alles im Griff

Militanter massenhafter Aufruhr in der Hauptstadt Englands

Flugblatt vom August 2011

Zu beziehen über: Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main,

Fax: 069/730920

E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org